

PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 26. MÄRZ 2019



BREBAU: KAUF DER ANTEILE IST GROSSE CHANCE FÜR BREMEN

Bremen übernimmt die Brebau – und kauft der Sparkasse ihre Anteile ab. Alles in allem zahlt die Stadt dafür 235 Millionen Euro, wie aus einer heute debattierten Mitteilung des Senats hervorgeht. Der SPD-Abgeordnete Arno Gottschalk machte in seiner Rede klar: Die Entscheidung zum Kauf sei absolut richtig gewesen, denn so verfüge Bremen nicht nur über ein Unternehmen mit Erfahrung als Bauträger, was bei eigenen Wohnungsbaubemühungen ein Vorteil sei. Die Stadt kaufe so auch knapp 6.000 Wohnungen – und könne dort für stabile, bezahlbare Mieten sorgen. Gottschalk: „Mit dem Erwerb der Brebau-Anteile haben wir eine große Chance – und wir nutzen sie.“

„Ich bin deshalb froh, dass wir die gesamte Brebau erwerben können“, sagte Gottschalk. Bremen hätte sich auch vorstellen können, die Brebau gemeinsam mit der Sparkasse zu halten, erklärte der Sozialdemokrat. Dort habe es aber den Ansatz gegeben ‚Ganz oder gar nicht‘. Und hätte man der Bank die Anteile ganz überlassen und sich als Stadt zurückgezogen, dann wäre dies mit Gefahren verbunden gewesen. „Wir hätten dann mit dem Risiko gelebt, dass die 6.000 Brebau-Wohnungen verkauft werden könnten. Und wir leben in einer Zeit, in der finanzmarktorientierte Wohnungsunternehmen bereit sind, sehr hohe Summen für Wohnungen zu zahlen, um mit ihren Instrumenten auch kurzfristig Gewinne daraus zu ziehen – auf Kosten der Substanz. Deswegen ist es die richtige Entscheidung, die Brebau-Anteile zu übernehmen.“

Durch diese gegenwärtige Situation am Markt lasse sich auch der recht hohe Kaufpreis für die Brebau, die über knapp 6.000 Wohnungen verfügt und weitere knapp 5.000 Wohnungen verwaltet, erklären. Denn der festgestellte Wert

der Anteile betrage zwar nur etwa 155 Millionen Euro. Es sei aber üblich, dass ein Zuschlag zu zahlen sei, wenn man die Kontrolle über eine solche Gesellschaft übernehmen wolle. Ein Drittel des Preises sei dabei durchaus marktüblich – und dass solche großen Pakete für finanzmarkt-orientierte Wohnungsunternehmen, die bereit seien, Beträge weit über dem Marktpreis auszugeben, erkläre, dass der Auf-

schlag hier noch höher liege. Dadurch sei die Verhandlungsposition der Sparkasse sehr stark gewesen. „Die aktuelle Marktsituation zeigt sich im Preis“, so Gottschalk.

Der Sozialdemokrat wies zudem darauf hin, dass im Zuge des Geschäftes auch die Aktionärsstruktur der Gewoba verändert wurde. Die Sparkasse hält hier nun mehr Anteile, insgesamt liegt der Anteil der Banken jedoch bei 24,9 Prozent – und damit unterhalb einer Sperrminorität. Bremens Ziel sei gewesen, weiterhin einen gedulden, kompetenten Aktionärskreis für die Gewoba zu gewinnen. Dies sei nun gelungen. „Das muss man in die Gesamtbetrachtung einbeziehen“, erklärte er.

Für Gottschalk steht daher fest: „Wir erwerben ein Unternehmen mit Erfahrung als Projektträger. Und wir sichern bezahlbare Mieten in 6.000 eigenen Wohnungen sowie 5.000 Wohnungen in der Verwaltung – und schützen sie vor dem Zugriff von skrupellosen Investoren. Ja, wir geben dafür viel Geld aus. Aber unsere wohnungspolitischen Ziele sind uns dieses Geld wert.“



Arno Gottschalk



ABSAGE AN BAUPLÄNE IN DER NEUSTADT: HAFEN BLEIBT HAFEN

Die Bürgerschaft hat heute mit deutlicher Mehrheit – und auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion – eine Initiative der CDU abgelehnt. Sie wollte mit einer Machbarkeitsstudie ihre Pläne weiterverfolgen, den Neustädter Hafen künftig für den Wohnungsbau zu nutzen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe, brachte mit Blick auf die öffentliche Präsentation dieser Idee im Jahr 2017 seine Ablehnung auf den Punkt: „Schöne Internetseite, nicht ganz so kluge Idee.“

Gleich mehrfach zitierte der Sozialdemokrat den preußischen Generalmajor Carl von Clausewitz, der in seinem Werk „Vom Kriege“ schrieb: „Nichts ist schwerer als der Rückzug aus einer unhaltbaren Position.“ Damit sei das Problem der CDU gut umschrieben, sagte Tschöpe. Denn mit ihrem Vorschlag, den Neustädter Hafen aufzugeben und dort Wohnungen entstehen zu lassen, habe sie unter anderem von der Handelskammer energischen Widerstand geerntet.

Und auch Tschöpe stellte unmissverständlich klar: „Das Land Bremen hat



Björn Tschöpe

von seinen Häfen stets besonders profitiert. Von Hafenwirtschaft und Logistik hängt jeder fünfte Arbeitsplatz ab. Deshalb kommt der Erhaltung und dem Ausbau der Infrastruktur in den Häfen herausragende Be-



Foto: Ra Boe/Wikipedia

deutung zu.“ Für die langfristige Sicherung und Weiterentwicklung des Standortes sei die Beibehaltung des Neustädter Hafens unerlässlich, zumal dort unter anderem Projektlogistik gemacht werde, große Maschinenbauer dort also vormontieren ließen. Dies bringe Beschäftigung über den reinen Umschlag hinaus, und deswegen würden auch andere Standorte um diese Geschäfte werben. Und nicht zuletzt würden durch den Ringschluss der A 281 durch den Wesertunnel Industrie- und Gewerbeflächen, das Güterverkehrszentrum sowie der Neustädter Hafen mit dem Bremer Industrie-Park verbunden. Tschöpe: „Dadurch entsteht einer der bedeutendsten Gewerbestandorte in Bremen. Das kann man doch nicht kaputt machen wollen!“

Dass in dem Antrag der CDU die Bebauung des Neustädter Hafens nun nur noch als eine von mehreren Optionen geprüft werden soll, wertete Tschöpe dann auch als schrittweisen Abschied von der Idee – und griff hier sein Eingangszitat noch einmal auf. „Die CDU oder Teile von ihr haben nunmehr erkannt, dass das Dichtschnitten eines aktiven Hafens für den Wohnungsbau eine im Clausewitzschen Sinne unhaltbare Position ist und haben mit dem vorliegenden Antrag den schweren Rückzug angetreten“, sagte er. „Warum die Bürgerschaft und der Senat diesen Zug begleiten sollten, bleibt allerdings völlig im Dunkeln.“

UNTERHALT: WER ZAHLEN KANN, SOLL ES AUCH TUN!

Wenn Väter keinen Unterhalt für ihre Kinder zahlen, springt Bremen ein. 22 Millionen Euro gibt es pro Jahr etwa dafür aus. Allerdings holte die Stadt sich lediglich 1,8 Millionen Euro von den Vätern zurück. Zum Teil liegt das daran, dass die Väter nicht zahlen können. Auf diejenigen, die nicht zahlen wollen, obwohl sie es könnten, soll der Druck aber erhöht werden, erklärte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle, heute in der Bürgerschaft – und schloss dabei auch die Zusammenarbeit mit Inkassounternehmen nicht aus.

Völlig klar sei, dass es sich dabei um ein sensibles Thema handle, das man auch entsprechend sensibel behandeln müsse, betonte Möhle. Und völlig klar sei auch, dass es einen großen Anteil an Vätern gebe, die den Unterhalt deshalb nicht zahlen, weil



Klaus Möhle

sie es schlicht nicht könnten. „Es gibt aber eben auch Fälle von Vätern, die zahlen könnten, es aber einfach nicht tun“, so der Sozialdemokrat. „Das ärgert mich maßlos. Und hier, finde ich, müssen wir den Druck erhöhen und – auch in Form von Modellprojekten – gucken, wie Bremen bei der Rückforderung besser werden kann.“

Für Möhle steht dabei fest: „Ich möchte, dass Kindern und Müttern geholfen wird. Und ich möchte, dass diejenigen Väter, die zahlen können, auch wirklich zahlen!“